Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

12.12.1928 (No. 291)

Visual Library

Nr. 291 Mittwoch, den 12. Dezember 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten

Die Meldungen zu der im Spätjahr 1929 abschließenden Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten sind spätestens **bis 1. Februar 1929**, Meldungen zu Erweiterungsprüfungen spätestens **bis 15. September 1929** beim Unterrichtsministerium einzureichen. Dabei ist anzugeben, ob die Prüfung nach der alten Prüfungsordnung vom 2. April 1913 oder nach der neuen vom 19. April 1928 abgenommen werden soll. Erst nach Ablauf der bezeichneten Fristen einkommende Gesuche oder solche mit ungenügenden Nachweisen werden nicht berücksichtigt.

Die Prüfung, die nach der Prüfungsordnung vom 2. April 1913 abgelegt wird, gilt nach besonderer Vereinbarung auch für Preußen, Sachsen und Hamburg, nicht aber für die anderen Länder. Eine gleiche Vereinbarung mit den genannten Staaten ist für das in Baden auf Grund erfolgreichen Vorbereitungsdienstes erworbene Anstellungsfähigkeit nicht abgeschlossen.

Die sogenannte Reichsverbandsprüfung der nichtstaatlichen Lehranstalten

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die sog. „Reichsverbandsprüfung", die an nichtstaatlichen Lehranstalten in Baden und im übrigen Reich abgehalten wird, durchaus **privaten** Charakter hat. Diese Prüfung soll jungen Leuten, denen die Reife für Obersekunda fehlt, Gelegenheit geben, ein „Mindestbildungsmaß" für den Eintritt in bestimmte Berufe oder Fachanstalten nachzuweisen. Der Reichsschulausschuß hat die Anschauung vertreten, daß zu einer solchen Prüfung ein Bedürfnis nicht vorliege. Nachdem die Einjährigfreiwilligenprüfung, die früher von einer besonders eingesetzten Kommission habe abgelegt werden können, durch das Reich aufgehoben sei, könne auch einer Ersatzveranstaltung für diese Prüfung staatlicherseits eine Bedeutung nicht beigelegt werden. Die frühere Einjährigenprüfung werde lediglich durch die an einer öffentlichen Lehranstalt abgelegte Prüfung zum Nachweis der Reife für die Obersekunda ersetzt.

Mit der Reichsverbandsprüfung ist demnach **keine Berechtigung für eine Laufbahn im staatlichen Dienst** verknüpft, und es kann auch ihr Bestehen nicht von der Ablegung einer Aufnahmeprüfung für die Obersekunda einer öffentlichen Lehranstalt befreien.

Geplanter Anschlag auf Hoover

WTB. Buenos Aires, 12. Dez. (Tel.) Die Polizei ist einer Verschwörung gegen den auf einer Südamerikareise begriffenen neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, **Hoover**, auf die Spur gekommen. In einem Hause in der Estombastraße wurden vier Handgranaten, zweizylindrische Bomben, eine viereckige Bombe und ferner eine Menge von Dynamit, Revolvern, automatischen Pistolen und Munition gefunden. Die Polizei gibt an, sie hätte bei dieser Haussuchung ferner einen ausgearbeiteten **Plan der Eisenbahnlinien** gefunden und glaube, die Verschwörer hätten geplant, unmittelbar vor der Ankunft Hoovers, die am Donnerstag nachmittag zu erwarten ist, **Bomben auf den Schienenweg** zu legen. Zwei junge Männer wurden verhaftet. Es wird ferner angegeben, daß 1500 Mann der Garde abkommandiert werden, um einen besonderen Dienst zur Sicherheit Hoovers auszuüben. Die Polizei überwacht seit einigen Tagen als Gegner der Vereinigten Staaten bekannte Personen, besonders diejenigen, die bei früheren Demonstrationen hervorgetreten waren, wie bei den Kundgebungen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti und gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Nikaragua.

Drei Tote bei einem Flugzeugunglück

Das auf dem Fluge von Köln nach Berlin befindliche Verkehrsflugzeug „D 1473" mußte aus bisher unbekannten Gründen bei **Letzlingen** eine Zwischenlandung vornehmen. Dabei wurde die Maschine **schwer beschädigt** und **verbrannte** nach der Landung. Die Besatzung, bestehend aus dem Flugkapitän Dörr, dem Bordmonteur Müller und dem Funker Orgel, kam ums Leben. Der einzige Passagier, der Kaufmann Herrmann aus Ohligs, wurde gerettet. Eine Meldung, daß ein zweiter Passagier verunglückt sei, trifft nicht zu, da einer von den zwei Passagieren bereits in Hannover ausstieg. Der Brand des Flugzeugs ist anscheinend genau wie vor einiger Zeit beim Brande der „Deutschland" erst nach der Landung entstanden. Es wird geprüft, ob er etwa dadurch hervorgerufen wurde, daß das Flugzeug, wie es den Anschein hat, bei der Landung gegen einen Baum rannte, oder ob andere Gründe vorliegen.

Die Verhandlungen im Lohnkonflikt der sächsischen Textilindustrie sind ergebnislos geblieben.

Letzte Nachrichten

Die Steuereingänge im Reich

VDZ. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Dem Reichstag ist wieder eine Übersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der **Besitz- und Verkehrssteuern** sowie der **Zölle und Verbrauchsabgaben** zugegangen, und zwar nach dem Stande vom 1. Oktober 1928. An Besitz- und Verkehrssteuern sind in den Monaten Juli, August und September insgesamt 1 191 480 000 Reichsmark eingegangen. Im vorausgegangenen Vierteljahr waren es nur 998 115 000 Reichsmark. Die Zahl der Rückstände betrug 1 970 041, in Höhe von 507 996 000 Reichsmark. Hiervon sind mehr als 300 Millionen gestundet, rund 10 Millionen erlassen oder niedergeschlagen. An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind in den Monaten Juli bis September 783 030 048 Reichsmark eingegangen. Hier waren am 1. Oktober etwa 8050 Rückstände in Höhe von rund 113 Millionen Reichsmark vorhanden.

Handelsverträge vor dem Auswärtigen Ausschuß

VDZ. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten behandelte unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Scheidemann** (Soz.) zunächst einen Gesetzentwurf über ein Protokoll und einen Notenwechsel zum **deutsch-französischen Handelsabkommen**. Von Regierungsseite wurde hierzu bemerkt, daß beide Teile bestrebt gewesen seien, sich gegenseitig die Erleichterungen zu gewähren, die der Entwicklung der Handelsbeziehungen beider Teile förderlich sind, ohne die Interessen des eigenen Landes zu beeinträchtigen. — Der Ausschuß erklärte sich mit der Regierungsvorlage einverstanden.

Auch mit den Gesetzentwürfen über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der **Südafrikanischen Union**, sowie über einen Notenwechsel zu der deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem **Saargebiet** und dem deutschen Zollgebiet erklärt der Auswärtige Ausschuß sein Einverständnis.

Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfs über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und **Panama**, wozu von Regierungsseite erklärt wurde, Deutschland genieße in Panama de facto die Meistbegünstigung und umgekehrt. Gleichwohl schien es ratsam, auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine feste, vertragliche Grundlage zu stellen. Mit anderen Ländern hat Panama noch keine Handelsverträge abgeschlossen.

Denkmalstausch zwischen Straßburg u. München

WTB. Straßburg, 12. Dez. (Tel.) Der **Straßburger Gemeinderat** hat sich damit einverstanden erklärt, daß das Denkmal des Bildhauers Reinhard **„Baler Rhein"**, das vor dem Straßburger Theater aufgestellt, von den Franzosen aber entfernt worden war, an die **Stadt München** abgetreten wird, wofür diese der **Stadt Straßburg** im Austausch ein Kunstwerk, betitelt **„Der Meiselocker"** überreichen wird.

Rückkehr zur Goldparität in Spanien

WTB. Madrid, 12. Dez. (Tel.) Gestern hielt der **Finanzminister** eine Rede, in der er sich mit **währungspolitischen Maßnahmen** befaßte. Der Minister kündigte an, daß die Regierung entschlossen sei, die **Peseta wieder auf die Goldparität** zurückzuführen. Eine Sonderkommission werde die Frage prüfen. Der Bank von Spanien stünden zunächst Goldbestände im Werte von drei Milliarden Peseten zur Verfügung.

Die Wahlen in Rumänien

WTB. Bukarest, 12. Dez. (Tel.) Auf dem ganzen Gebiet Rumäniens begannen heute die **Wahlen zur Deputiertenkammer**, an denen sich folgende bedeutende Parteien beteiligen:

1. **Nationale Bauernpartei**, die sich in einem **Wahlkartell mit den deutschen Minderheiten**, den siebenbürgischen und bukowinischen Zionisten und den Ukrainern befindet. Diese Parteien geben ihre Stimme auf eine gemeinsame Liste ab.
2. **Liberale Partei**, die mit dem Judenverband Altrumäniens in ein Wahlkartell getreten ist.
3. Das **Wahlkartell Iwarescu**, Nationale Volkspartei und die unter Führung Jorgas stehende Nationaldemokratische Partei,
4. die **Ungarische Partei**,
5. **Block der Werktätigen** in den Städten und auf dem flachen Lande, eine extreme Gruppe mit kommunistischem Einschlag,
6. **Christlich-nationale Schutzliga** und Antisemitische Partei Cuzas.

Außer diesen Hauptgruppen gibt es noch 10 unbedeutende Gruppen. Die Verteilung der Mandate ist an ein kompliziertes System gebunden. Die Zahl sämtlicher zur Verteilung gelangenden Mandate beträgt 387. Davon erhält die Hälfte eine Partei, der es gelingt, 40 Proz. der im ganzen Lande abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen. Der Rest wird prozentual unter sämtliche Parteien verteilt. Eine Partei, die weniger als 2 Proz. sämtlicher abgegebenen Stimmen aufweist, erhält überhaupt kein Mandat.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen werden anfangs Januar wieder aufgenommen werden und zwar in Berlin oder in Moskau.

* Das Programm der Sachverständigenkommission

Wie aus Paris gemeldet wird, haben sich die fünf alliierten Mächte, die in der Sachverständigenkommission unsere Verhandlungspartner sein werden, also Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan, über die **Hauptpunkte der Antwort**, die sie Deutschland erteilen wollen, geeinigt. Ein Zugeständnis ist uns insofern gemacht worden, als die Sachverständigen auch nach dem Willen der Alliierten **unabhängig** sein sollen. Allerdings werde dem auch die Unabhängigkeit der alliierten Regierungen entsprechen, welche die Beschlüsse der Sachverständigenkommission annehmen oder ablehnen können. Ferner hat Frankreich auf die Hinzuziehung von Vertretern der kleineren Staaten (Polen, Rumänien, Tschechoslowakei) verzichtet. Lediglich Amerika wird noch in der Kommission vertreten sein, jedoch nur durch inoffizielle „beobachtende" Sachverständige.

Es wird festgestellt, daß Deutschland und die alliierten Sachverständigen in der Kommission völlig gleiche Rechte haben werden. Eigentlich ist das ja eine Selbstverständlichkeit. Die Kommission soll zunächst nach Paris eingeladen werden und wird dann selber bestimmen, ob nicht weitere Beratungen besser in Berlin stattfinden.

Das **Arbeitsprogramm** wird folgendermaßen formuliert: die Sachverständigen sollen die **Zahl der Annuitäten** (Jahresraten) **festsetzen, die Deutschland noch zu entrichten hat.** Eine solche Festsetzung würde gleichbedeutend sein mit einer **Festsetzung der Endsumme.** Doch besteht offenbar auf Seiten der Alliierten die Absicht, eine **Erhöhung** der im Dawesplan vorgesehenen **Normalannuitäten** von 2,5 Milliarden Goldmark vorzuschlagen. Bekanntlich soll nach dem Dawesabkommen der **Wohlstandsindex** in Deutschland vom nächsten Jahre ab mit berücksichtigt werden. Unsere Auffassung geht dahin, daß eine solche Berücksichtigung unter gleichzeitiger verständnisvoller Betrachtung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland dahin führen müßte, daß die normale Annuität von 2,5 Milliarden Goldmark **ermäßigt** wird. Poincaré will indessen diese Annuitäten noch hinaufschrauben.

Gewiß kann man annehmen, daß diese Forderung nur erhoben wird, um von vornherein bei den Verhandlungen von einer starken Basis aus operieren zu können, und um etwas in der Hand zu haben, was man eventuell als Konzession anbieten kann. Denn die Sachverständigen sollen gleichzeitig **Vorschläge für eine Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld machen.** Und bei diesen Besprechungen wäre es für die Alliierten nur nützlich, wenn sie, um die Zustimmung Deutschlands zu erkaufen, mit sogenannten „Konzessionen" aufwarten können.

Unsere Verhandlungspartner sind also gut ausgerüstet, um ein möglichst glänzendes Geschäft zu machen. Wir werden demgegenüber einen schweren Stand haben. Denn schon rein ziffernmäßig sind wir einer gegen fünf und können höchstens hoffen, daß die amerikanischen Sachverständigen etwas mäßigend auf unsere Verhandlungspartner einwirken. Der wichtigste Punkt wird wahrscheinlich der der **Vorschläge einer Kommerzialisierung** der deutschen Reparationsschuld sein. Es ist möglich, daß hier eine Plattform gefunden wird, die allen Teilen zusagt und dann auch eine vernünftige Festsetzung der Reparationsendsumme gestattet. Möglich ist aber auch, daß eine solche Plattform nicht gefunden wird.

Verhandlungstechnisch ist übrigens eine wichtige Vorfrage noch nicht geklärt. **Wie** werden die **Beschlüsse** der Sachverständigenkommission gefaßt werden? Wenn die Verhandlungen einen Sinn haben sollen, doch nur **mit** Zustimmung Deutschlands. Es wäre sinnwidrig, wenn die Kommission gegen die Stimmen Deutschlands Beschlüsse fassen wollte. Dann läge eine Majorisierung vor, die wir unter keinen Umständen anerkennen könnten. An sich hat ja die Gegenseite zu einer solchen Majorisierung die beste Gelegenheit: Werden die Sachverständigen der fünf alliierten Mächte übereinstimmend instruiert und treten sie nach dieser Instruktion geschlossen in der Kommission Deutschland gegenüber auf, dann ist eben alle Liebesmüh umsonst gewesen. Dann hätte allerdings die Bezeichnung „unabhängige Sachverständigenkommission ihre Gültigkeit verloren.

Inzwischen hat der **Reparationsagent** seine Urlaubsreise angetreten. Er wird dort sicherlich mit maßgeben-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

den Finanzleuten und Politikern in Fühlung treten. Bekanntlich ist damit zu rechnen, daß er sein Amt niederlegt. Leider hat Herr Parker Gilbert in der letzten Zeit mehrfach einen Standpunkt eingenommen, der dem Frankreichs besonders günstig war.

Aus dem Reichstag

Verbot des Gaskrieges — Ausdehnung der Unfallversicherung

Zu Beginn der Dienstagsitzung des Reichstages teilte der Präsident mit, daß der neue österreichische Bundespräsident **Miklas** auf die Glückwünsche des Reichstages mit einem Danktelegramm geantwortet habe. Dem ehemaligen Vizepräsidenten des Reichstages, **Dove**, der heute noch demokratisches Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist, hat Präsident Löbe zu seinem 75. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages übermittelt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung, dem Gesetzentwurf über das Genfer Protokoll von 1925, worin das **Verbot des Gaskrieges** ausgesprochen wird, nannte, obwohl Sowjetrußland das Protokoll unterzeichnet und auch bereits ratifiziert hat, der kommunistische Abg. **Stöcker** das Abkommen ein heuchlerisches Dokument des Völkerbundes, um das sich niemand kümmere. Auch in Deutschland werde fieberhaft für den Gaskrieg gerüstet, wie sich aus den Phosgenvergiftungen in Hamburg ergeben habe. Der ehemalige bayerische General v. **Epp**, der jetzt die Nationalsozialistische Partei im Reichstag vertritt, konnte sich vor kommunistischen Zurufen, die ihn als Arbeitermörder usw. bezeichneten, kaum Gehör verschaffen. In der Sache stimmte er dem Abg. Stöcker zu, trotzdem will er aber für die Ratifikation stimmen. Ohne Debatte gingen dann eine Reihe von Vorlagen an den auswärtigen und den handelspolitischen Ausschuß.

Eine längere Debatte gab es bei der Novelle über die **Ausdehnung der Unfallversicherung** auf die Angehörigen der Feuerwehr, der Krankenhäuser, der Heil- und Pflegeanstalten, Laboratorien, Schauspielunternehmungen, Schaustellungen und Filmbetriebe usw. Der Sozialpolitische Ausschuß verlangt hierzu in einer Resolution die Vorlage eines Gesetzes, worin die zur Zeit noch nicht versicherten Betriebe und Tätigkeiten in die Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach längerer Aussprache wurde die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch 15 Uhr vertagt. Die Anträge zur **Rentnerversorgung** wurden ohne Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

*

Die heutige Vollsitzung des Reichstags beginnt um 3 Uhr. Zunächst sollen die Einzelberatungen und die Abstimmungen über die Erweiterung der **Unfallversicherung** vorgenommen werden, dann folgt die Beratung der **Futterzollerhöhung**. Unter den **Ausschußsitzungen** findet das meiste Interesse die des **Auswärtigen Ausschusses**, die sich mit zahlreichen Auslandsverträgen beschäftigt.

Preußischer Landtag

Der **preußische Landtag** begann am Dienstag seinen letzten Plenarsitzungsabschnitt vor der Weihnachtspause. Ohne Debatte stimmte er mit großer Mehrheit einem deutschnationalen Antrag zu, der darauf hinweist, daß vor zehn Jahren preußische Gebiete durch Truppen fremder Mächte besetzt und preußisches Land an der Saar der Staatshoheit entzogen wurde, der dann weiter der Bevölkerung dieser Gebiete für ihre unerschütterliche Treue dankt und der Erwartung Ausdruck gibt, daß der **Rechtsanspruch Deutschlands auf sofortige Räumung** beschleunigt durchgeführt werde.

Im übrigen verabschiedete das Haus endgültig mehrere kleine Vorlagen, darunter das Gesetz, das 150 Millionen für die werteschaffende Arbeitslosenfürsorge neu bewilligt. Ferner wurde die Aussprache über den Flaggenantrag der Regierungsparteien zu Ende geführt, der die Gesetzesbasis für **Flaggenanweisungen der Regierung** an die Kommunen schaffen will. Die Abstimmungen hierüber finden später statt.

WTB. **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Der Preußische Landtag begann heute nach Erledigung kleinerer Vorlagen die **erste Beratung des Etats für 1929**, die mit einer Rede des Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff eingeleitet wurde.

Bergarbeiterkundgebung in Budapest. Etwa 2000 Bergarbeiter von Pilisvaröspar, die seit 14 Tagen streiken, haben am Dienstag einen Marsch nach Budapest angetreten, um vor dem Parlament zu demonstrieren. Eine 14gliederige Delegation wurde vom Minister Vaß empfangen.

Ein neuer Konflikt im Zentrum

Stegerwald legt den Fraktionsvorsitz nieder

Der Zentrumsabgeordnete **Stegerwald**, der seit geraumer Zeit den tatsächlichen Vorsitz in der Zentrumsfraktion des Reichstags innehat, hat die Annahme der ihm in Köln vom **Parteivorstand** angebotenen Kandidatur für das Amt des Parteivorsitzenden davon abhängig gemacht, daß ihm Fraktions- und Parteivorsitz zugleich offiziell übertragen werde. Die Verbindung der beiden Ämter wurde jedoch mit 120 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Damit schied Stegerwald tatsächlich aus dem Wettbewerb um den Parteivorsitz aus, und auch der Parteivorstand, der den Vorschlag Stegerwalds vertrat, erlitt eine Niederlage. **Stegerwald hat nun erklärt, auch auf den Posten des Fraktionsvorsitzenden zu verzichten.** In seinem Blatt, „Der Deutsche", veröffentlichte er am Dienstag eine Erklärung zur Rechtfertigung seines Verhaltens, in der es heißt:

„Gegenüber einer westdeutschen Zentrumszeitung stelle ich folgendes fest: Nicht ich habe in Köln die Zentrumspartei in eine schwierige Lage gebracht, sondern die Zentrumspartei hat umgekehrt mir meine politische Arbeit für die Zukunft außerordentlich erschwert. Nicht um die „Diktatur einer Interessentengruppe" ging es in Köln, sondern darum, wer am ehesten imstande erschien, den weiteren Abstieg der Zentrumspartei aufzuhalten und sie in den nächsten Jahren wieder zu einer geistigen, politischen und organisatorischen Geschlossenheit zusammenzureißen. Persönlich habe ich mich in keinem Stadium um den Vorsitz der Partei beworben."

Er habe es abgelehnt, seine gewerkschaftlichen Bindungen freizugeben und sich ausschließlich politisch zu exponieren. Nach dem Tode des Herrn Fehrenbach habe er den Vorsitz der Reichstagsfraktion abgelehnt. Im letzten Frühjahr waren im Wahlkampf der Parteivorsitzende Marx und der Fraktionsvorsitzende v. Guérard hintereinander schwer erkrankt; so sei ihm, ohne Zutun und gegen seinen Willen, als Stellvertreter des Partei- und Fraktionsvorsitzenden die Aufgabe zugefallen, Partei und Fraktion gleichzeitig im letzten Jahre zu führen. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags im November habe er den Fraktionsvorsitz wieder abgelehnt. Er gehöre künftig entweder ganz den Gewerkschaften oder ganz der Partei. Die deutsche Politik im allgemeinen und die Zentrumspolitik im besonderen könne er stärker beeinflussen, wenn eine große Bewegung hinter ihm stehe und er nicht Vorsitzender einer Reichstagsfraktion oder überhaupt Inhaber eines Mandats sei. Nur in der gleichzeitigen Führung der Fraktion und der Partei sehe er eine größere Aufgabe, als seine seitherige Tätigkeit. Diese Sachlage bildet den Hintergrund dafür, daß ihn der Parteivorstand für beide Ämter vorgeschlagen habe, und daß fast alle führenden Menschen mit Namen, wie die Herren Porsch, Herold, Brauns, Wirth, Kaas, Lamers, Thomas Esser, Dessauer, Heß, Hirtsiefer, Giesberts usw., sich für ihn einsetzten.

In der Erklärung heißt es weiter: Nachdem der Ausschuß der Partei — der etwa zur Hälfte aus Beamten zusammengesetzt ist —, entgegen dem Vorstand, sich gegen mich ausgesprochen hatte, erklärte ich: „Jetzt gibt es keine Kapitulation, jetzt gibt es nur eine Entscheidung in offener Feldschlacht."

Die „Tremonia" in Dortmund knüpft an die Erklärungen Stegerwalds Bemerkungen, in denen sie darauf hinweist, daß unter den 120 Stimmen, die im Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei sich für die Trennung des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden ausgesprochen hätten, doch zweifellos auch Arbeiterstimmen gewesen seien. Das Blatt betont, daß die Mehrheit des Parteitags es im Interesse der Gesamtpartei für richtiger gehalten habe, einen nicht in der berufständischen Bewegung hervorgegangenen Mann des alle Volksschichten umfassenden Zentrums zu wählen. Es gehe nicht an, darin eine Entscheidung gegen die Arbeiterschaft zu sehen. An dem Arbeiter habe der Parteitag keinen Anstoß genommen, das beweise die einstimmige Bereitwilligkeit des Parteiausschusses, **Joos** zum Führer der Zentrumspartei zu wählen. Dieser habe nicht die Vereinigung des Partei- und des Fraktionsvorsitzes für sich gefordert.

*

Wie aus Berliner Zentrumskreisen mitgeteilt wird, steht zwar die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden auf der Tagesordnung der für heute anberaumten Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags, es sei aber sehr wahrscheinlich, daß die Regelung der Angelegenheit über die parlamentarischen Weihnachtsferien hinaus aufgeschoben wird.

Der Reichspräsident gab Dienstag abend zu Ehren des **diplomatischen Korps** ein Essen, an dem die Chefs der Berliner fremden Nationen sowie der Reichskanzler, der Reichswirtschaftsminister und andere mit ihren Damen teilnahmen.

Der bayerische Ministerpräsident zur Reichsreform

Im Akademisch-Politischen Klub in **München** sprach am Montag abend Ministerpräsident Dr. **Held** vor prominenten Vertretern der Politik, der Wirtschaft und Wissenschaft über das Thema „Föderativ- oder Einheitsstaat".

Das **föderalistische System**, führte er aus, sei das **wirklich moderne und freiheitliche**, da dadurch das Recht zur Selbstbestimmung der Völker und im inneren Staatsleben Bedeutung erlange. Die Behauptung, daß der unitaristische Staat billiger sei, werde heute von niemand mehr aufrechterhalten. Noch wichtiger seien die **ideellen Vorteile** des Föderativstaates. Niemals sei das Reich einiger gewesen, als in den Jahren vor dem Kriege auf föderativer Grundlage. Der Kampf gehe nicht um die Einheit, sondern um die Vereinheitlichung **als Mittel zur Macht**. Zentralisierung würde Verödung der Kultur bedeuten. Der Föderalismus habe das Gleichgewicht in der inneren Ordnung und Sicherheit des Reichs gewährleistet und wie das Schottensystem eines Schiffes gewirkt. Nur das föderalistische System lasse eine wahre Demokratie aufkommen, denn nur die staatspolitische Selbstbestimmung und die staatspolitische Freiheit seien politischer Grundsatz der Demokratie. Die Justizpflege lasse sich wohl niemals einheitlich gestalten, ohne daß das Recht schweren Schaden erleide. Föderalismus sei das Prinzip **des Rechts**, Unitarismus der Standpunkt **der Macht**. Wer das größere Deutschland wolle, der müsse das Föderativsystem wählen, um den Zusammenschluß herbeizuführen. Die Frage Föderativ- oder Einheitsstaat sei heute **die deutsche Frage**. Deutschlands zukünftige Größe beruhe auf dem Föderalismus.

Gefängnis wegen Beleidigung des Preußischen Staatsministeriums

Der frühere politische Schriftleiter der deutschnationalen „Halleschen Zeitung", **Friederichi**, wurde von dem Halleschen Schöffengericht wegen Beleidigung der Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, denen er „verlogene rote Wahlpropaganda", mangelnde Bildung, Futterkrippenwirtschaft usw. vorgeworfen hatte, zu **2 Monaten Gefängnis** verurteilt. In einem weiteren Verfahren war Friederichi mit seinem Kollegen **Doering** wegen Beleidigung des preußischen Landwirtschaftsministers angeklagt. Doering wurde zu **2 Monaten** Gefängnis und Friederichi zu 300 *RM* Geldstrafe verurteilt, weil beide Angeklagte in beleidigenden Formen sich darüber geäußert hatten, daß der Landwirtschaftsminister eine Verordnung erlassen hatte, nach der die Reichsflagge auf den Rennplätzen zu hissen sei.

Im Finanzskandal von Straßburg

ist am Sonntag in später Abendstunde die Verhaftung des 24jährigen Direktors des „Institut Francais", Jakob **Kurfein**, polnischer Nationalität, erfolgt. Der Flüchtige konnte in St. Ludwig verhaftet werden, als er die Grenze überschreiten wollte. Die Untersuchungsbehörden haben einen amtlichen Bericht herausgegeben. Danach beträgt das Defizit vier bis fünf Millionen Franken. Nach der offiziellen Version hat sich der am Samstag verhaftete **Weill** freiwillig den Behörden gestellt unter gleichzeitiger Anmeldung des Konkurses. Als Grund der Konkurserklärung hatte Weill angegeben, vom Leiter des Pariser Büros der Gesellschaft hintergangen worden zu sein. Der andere Direktor, Robert **Wolf**, ist bereits zwei Verhören unterzogen worden, ohne daß bisher zu seiner Verhaftung geschritten wurde. Das antiautonomistische Organ Wolfs hat am Samstag sein Erscheinen eingestellt.

Die Feier der Nobelpreisverteilung fand am Montag in der üblichen Form in **Stockholm** statt. Unter den Anwesenden befanden sich der König, Vertreter der Regierung, des diplomatischen Korps, der Wissenschaft und der Literatur. Drei der sechs Nobelpreisträger waren erschienen und zwar die Professoren Wieland und Windaus, sowie Frau Sigrid Undsed. Die Rede für die Professoren Wieland und Windaus hielt Prof. G. Söderbaum, der die Verdienste der beiden deutschen Gelehrten würdigte.

Besprechungen Severings in Düsseldorf. Reichsinnenminister Severing hat die Vertreter der Gewerkschaften auf Donnerstag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, zu einer Besprechung im Verwaltungsgebäude der Regierung in Düsseldorf eingeladen.

Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg. Der vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für nächstes Frühjahr in Aussicht genommene Parteitag wird laut „Vorwärts" am 10. März in **Magdeburg** eröffnet werden. Der Parteitag wird sich vor allem mit dem Wehrproblem befassen.

Badischer Kunstverein Karlsruhe

Im Kunstverein haben diesmal gegen hundert Künstler ausgestellt, die fast alle in Karlsruhe ansässig sind. Das ist eine quantitative Aufgabe, der raumbeschränkte Kritik nicht gewachsen ist. Wie immer in solchen Ausstellungen hängt neben Schlechtem wenig wirklich Gutes, wie immer ist neben dem Anfänger, der unentschieden noch nicht weiß, worauf es ankommt, der belanglose Maler und neben ihm der eigentliche Künstler vertreten. Es muß aber gesagt werden, daß mit Ausnahme dieser Wenigen kein erfreuliches Niveau erreicht wird, und es fällt auf, daß der Durchschnitt jede fortschrittliche Einstellung ablehnt und malt, wie man schon im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts gemalt hat. Gewiß ist bedeutende Kunst wie auch unmittelbar ursprüngliche Äußerung bis zu gewissem Grad zeitlos, wenn aber Bilder jenes Prädikats und dieses Ursprungs entbehren, besteht dann nicht ein leiser Anspruch auf zeitgemäße Haltung? Dieser Gedanke drängt sich auf, weil man da und dort Ansätze zu solcher Haltung empfindet, deren Entwicklung zum Teil durch Hemmungen in der Persönlichkeit, zum Teil aber auch durch die Situation Karlsruhe erschwert zu sein scheint.

Im einzelnen nennen wir vor allem Professor **Albert Haueisen**, der mit einem reichgemalten Blumenstück und einer religiösen Darstellung vertreten ist, einer älteren Arbeit, die zeigt, wie sehr sich Haueisen schon immer mit den Vorwürfen beschäftigt hat, die jetzt in den großen Fresken für die Mühlburger Kirche ihre bedeutendste Verwirklichung gefunden haben. Physiognomisch interessiert das Bildnis Albert Schweitzers, das Professor **Bühler** in seiner zeichnerischen Art gemalt hat. **Hanne Bühlers** Blumenbilder folgen ganz dieser Art ihres Vaters, dessen Stil ins Weibliche, Zartere übertragen wird. Inhaltlich berührt eine Landschaft mit einem weiblichen Halbakt, die Professor **Schnarrenberger** ausstellt. Professor **Conz** vertritt die Tradition Thomas, besonders mit einer Landschaft, die das Naturvorbild in eine lyrische Stimmung übersetzt. Im Gegensatz dazu die Bilder von **Martha Kropp**, die ihren pastosen Vortrag zu freier Lösung entwickelt hat und in einem Bild aus der Umgebung von Daxlanden etwas Bezeichnendes über diese Landschaft aussagt. **Willy Egler** hat nur kleinere Arbeiten ausgestellt, entschieden als Malerei, eine Stufe, die erst in letzter Zeit so deutlich erreicht worden ist. Als einziger verwendet **Erich Krause** spezifisch moderne Effekte, nicht ganz einheitlich, aber doch wirkungsvoll geschlossen in jedem Bild. **Hodapp** betont seine breite Pinselführung, ein Vortrag, der dem Zugriff noch nicht völlig adäquat ist. Trotzdem ist gegen früher alles bestimmter empfunden. Durchaus erwähnenswert noch **Henselmann** und die junge Begabung von **Linder**. Von den wenigen Plastikern zeigt **Vetter** eine kleine Arbeit, die trotz ungelöster Stellen mit plastischem Gefühl modelliert worden ist. Schließlich **Carl Egler** mit der Porträtbüste Sonja, die als erfreulicher Fortschritt im Werk des Künstlers anzuerkennen ist.

Dr. Martin.

Badische Kunstausstellung 1929

Der Reichsverband bildender Künstler, Gau Südwestdeutschland, hielt am Dienstag im Saal des Künstlerhauses zu **Karlsruhe** eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in der u. a. endgültig über die für **Frühjahr 1929 geplante Badische Kunstausstellung** Beschluß gefaßt werden sollte.

Als Ausstellungsraum kommt unter den augenblicklichen Verhältnissen nur das **Orangeriegebäude** in Frage, das auf die Bitte des Verbandes vom Finanzministerium für eine Frühjahrsausstellung in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt ist.

Die städtische Ausstellungshalle ist anderweitig schon vergeben, ihre Herrichtung zu dem beabsichtigten Zweck würde außerdem derartig hohe Kosten verursachen, daß die Verwirklichung der Ausstellung schwer gefährdet wäre. Von allen Seiten wurde erneut dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Landeshauptstadt Karlsruhe bis heute noch keine ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Ausstellungsgelegenheit für bildende Kunst sich geschaffen habe, und mit Nachdruck gefordert, daß man bei den maßgebenden Instanzen sowohl wie in der Bevölkerung mit mehr Energie als bisher auf Beseitigung dieses unwürdigen Zustandes hinwirken solle.

Was den Charakter der geplanten Ausstellung anlangt, so entspann sich eine ausgedehnte Aussprache darüber, ob man, wie es bei den Vorarbeiten als Eventualität ins Auge gefaßt war, die Ausstellung als juryfreie ausgestalten solle oder nicht. Da aber der verfügbare Ausstellungsraum sich als zu gering erwies, um einer juryfreien Ausstellung von Bedeutung zur Entfaltung zu bringen, müßte man von diesem Plane Abstand nehmen.

Es wurde beschlossen, eine jurierte Ausstellung zu machen und die Jury nach Gruppen zu organisieren, ähnlich wie man es bei der großen Deutschen Ausstellung vom Jahre 1923 zum ersten Male versucht hatte. Man gab der Erwartung Ausdruck, daß man auf diesem Wege am sichersten die Spitzenleistungen aller „Richtungen" für die Ausstellung zusammenbringen könne. Denn es gelte ein möglichst lückenloses Bild der heutigen badischen Kunst in ihren besten Leistungen zu bieten, wenn man dem darniederliegenden Künstlerleben in Baden einen neuen Auftrieb geben wolle.

Als Ausstellungsleitung wurden die bisherigen Mitglieder des Ausschusses für künstlerische Angelegenheiten beim Reichsverband hier gewählt. Nach Bedarf sollen noch einige weitere Persönlichkeiten aus der badischen Künstlerschaft zugewählt werden.

Julius-Weismann-Ehrung. Montag abend fand im Stadttheater in **Freiburg i. Br.** im Rahmen des üblichen Sinfoniekonzertes eine schlichte Weismann-Ehrung statt. Der Stadt Freiburg war ein von dem Karlsruher Maler, Professor Hans **Bühler**, geschaffenes Porträt Julius Weismanns geschenkt worden, das auf der rechten Seite des ersten Ranges vor Beginn des Sinfoniekonzertes aufgehängt worden war. Es zeigt Julius Weismann in einer besonders charakteristischen Pose. Julius Weismann, der am Schlusse sein neues am 3. Dezember in Karlsruhe uraufgeführtes op. 97 Suite für Klavier und Orchester spielte, wurde von dem ausverkauften Hause spontan gefeiert.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl 996

Das Befinden des Königs von England

wird von seinen Ärzten nicht als befriedigend angegeben. Der **Prinz von Wales** ist in Begleitung des Premierministers Baldwin, der ihm nach Folkestone entgegengereist war, Dienstag abend kurz nach 10 Uhr in London eingetroffen. Der Prinz stattete sogleich dem König einen kurzen Besuch ab.

Die Blätter begrüßen in Leitartikeln die Ankunft des Prinzen von Wales. „Times" betont, daß der König auch im besten Falle vorläufig nicht imstande sein werde, die mit seinem hohen Amt verbundenen Arbeiten wieder aufzunehmen, und daß daher der Prinz berufen sei, in der nächsten Zeit eine größere Rolle im öffentlichen Leben Englands zu spielen. Wie berichtet wird, hatte der König keine Kenntnis von der bevorstehenden Rückkehr des Prinzen gehabt. Er erkannte ihn aber sofort, als er im Krankenzimmer erschien und begrüßte ihn.

Der Konflikt Bolivien-Paraguay

Der **Völkerbundsrat** hat ein Telegramm an die Regierungen von Bolivien und Paraguay gerichtet, in dem die Zuversicht ausgesprochen wird, daß die zwischen den beiden Ländern ausgebrochenen Zwistigkeiten in friedlicher Weise beigelegt werden. **Bolivien,** das zuerst eine Vermittlung der in Washington tagenden **Panamerikanischen Kongresses** für Ausgleich und Schiedsgericht abgelehnt hatte, wird nun doch an den Verhandlungen teilnehmen.

Der Russenprozeß geht weiter. Am Dienstag hat die 5. Zivilkammer des Landgerichts II, Berlin, die von den Emigranten gegen die Durchführung der Russenauktion erwirkte einstweilige Verfügung aufgehoben. Gegen dieses Urteil werden laut „B. T." die Rechtsvertreter der Emigranten beim Kammergericht Berufung einlegen. Sie weisen dabei auf die Tatsache hin, daß in Paris und London gleiche Prozeßfälle gegen die Sowjetregierung entschieden worden seien.

Anklageerhebung gegen den dänischen Hauptmann Lembourn. Gegen den Mitte Juni d. J. wegen Spionage in Deutschland verhafteten und gegenwärtig noch im Berliner Untersuchungsgefängnis befindlichen dänischen Infanteriehauptmann Harry Lembourn hat der Oberreichsanwalt in Leipzig Anklage wegen fortgesetzten Verrates militärischer Geheimnisse erhoben. Gleichzeitig wird gegen eine 23jährige Stenotypistin, die die Nachrichten für ihn beschafft haben soll, Anklage erhoben. Lembourn hat während des Krieges in der französischen Armee gekämpft.

Reform der elsässischen Verwaltung. Das nationalistische Straßburger „Journal de l'Est" kündigt an, daß eine Reform der eVrwaltung Elsaß-Lothringens unmittelbar bevorstehe. Diese werde sich streng in den Linien des Gesetzes von 1925 halten, das das Generalkommissariat abschaffte und die Generaldirektion der elsässischen Verwaltung in Paris einrichtete.

Nervenzusammenbruch Karl Sternheims

Nach Blättermeldungen aus **Konstanz** hat der in völliger Zurückgezogenheit auf seiner Besitzung in **Utwil** am Bodensee lebende Dichter **Karl Sternheim** infolge der Aufregungen, die sein Ehescheidungsprozeß für ihn mit sich brachte, einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. Aus einem von dem Dichter inszenierten lebhaften Telephon- und Telegrammverkehr erkannte man die Symptome des beginnenden Größenwahnes. Auf Veranlassung der Schweizer Behörden wurde der Dichter in das Sanatorium Kreuzlingen übergeführt. Von den Behörden ist bereits für ihn ein Sachverwalter bestellt worden. Nach Art der Erkrankung ist kaum mit einer Besserung zu rechnen.

Brand in einer Zündwarenfabrik

WTB. **Bruehl** (Bezirk Köln), 12. Dez. (Tel.) Gestern abend brach in der hiesigen **Zündwarenfabrik Webra** Feuer aus. Glücklicherweise befanden sich in der Fabrik keine größeren Mengen Explosivstoffe. Die geringen Mengen dieser Stoffe entzündeten sich unter **gewaltigem Knall.** Verletzt wurde niemand. In der Nachbarschaft wurden zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Ein Übergreifen des Feuers auf Nachbarhäuser konnte verhindert werden.

Eine Fälscherbande von Rechtsanwälten

Das Berliner „Tempo" meldet: Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt **Meller,** ein in **Wien** sehr angesehener Advokat, wurde wegen großer Bankbetrügereien verhaftet. Gleichzeitig mit ihm wurde in **Lima,** der Hauptstadt von Peru, der Wiener Doktor der Staatswissenschaften Alfred **Hutschnecker** festgenommen. Beide Männer haben gemeinsam mit einer großen Fälscherbande fast sämtliche europäischen Banken um Beträge geschädigt, die in die Millionen gehen. Aufgedeckt wurden die jahrelangen Betrügereien durch die Ermittlungsabteilung der Deutschen Bank in Berlin.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Dez. Geld	12. Dez. Brief	11. Dez. Geld	11. Dez. Brief
Amsterdam 100 G.	168.35	168.69	168.38	168.72
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.87	112.09
Italien . . 100 L.	21.955	21.995	21.95	21.99
London . . 1 Pfd.	20.334	20.374	20.332	20.372
New York . 1 D.	4.1910	4.190	4.1920	4.2000
Paris . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.37	16.41
Schweiz . . 100 Fr.	80.72	80.88	80.735	80.895
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.975	59.095
Prag . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.423	12.443

Die Bedeutung des Bodenseetransitverkehrs erhellt aus einigen Ziffern der letzten Zeit am deutlichsten. Wie im letzten Jahre kommen auch gegenwärtig wieder über die Schweiz nach Deutschland täglich 40 bis 50 Eisenbahnwagen Orangen und Zitronen von Spanien durch, teilweise über Deutschland hinaus nach der Tschechoslowakei. Umgekehrt treffen aus der Tschechoslowakei und aus Deutschland täglich ungezählte Wagen mit Zucker und Hülsenfrüchten ein, um ihren Weg nach der Schweiz und in andere Länder fortzusetzen.

Die Sanierung von NSU. Der in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung lagen die bekannten Sanierungsbeschlüsse vor. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats teilte mit, daß es der Verwaltung gelungen sei, auch mit der Stuttgarter Opposition eine Einigung zu erzielen. Danach erhalten sämtliche Aktionäre einen **Bonus von 10 v. H.** auf die zusammengelegten Aktien. Die Versammlung, in der 773 Aktionäre mit 7 961 500 *RM* Aktien vertreten waren, genehmigte schließlich einstimmig die vorgelegte Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung. Der Sanierung durch Herabsetzung des AK. von 12,5 auf 2,5 Mill. Reichsmark und Wiedererhöhung auf 10 Mill. Reichsmark wurde gleichfalls zugestimmt. Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dem neuen Aufsichtsrat gehören auch zwei Vertreter der italienischen Fiatwerke an.

Badischer Teil

Badens Unterstützung aus dem 25 Millionenfonds

Im Rahmen seiner Rede über die Not der badischen Landwirtschaft, die Dr. h. c. **Graf Douglas,** Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, am Sonntag in **Wertheim** gehalten hatte, machte er davon Mitteilung, daß Baden aus dem Notstandsfonds der Reichsregierung für die deutsche Landwirtschaft für die badische Landwirtschaft bisher 261 500 Reichsmark Barzuschüsse und 817 000 *RM* verbilligte Kredite erhalten habe. Die Summen, wie sie bisher den Städten, Gemeinden und landwirtschaftlichen Organisationen zugeteilt worden sind, sind folgende:

Es haben erhalten zur Schaffung von Versteigerungseinrichtungen usw.:

Weinheim 2500 *RM* Beihilfen, 8000 *RM* Zinsverb.
Heidelberg 20 000 *RM* Beihilfen, 130 000 *RM* Zinsverb.
Bühl 20 000 *RM* Beihilfen, 137 000 *RM* Zinsverb.
Oberkirch 5000 *RM* Beihilfen, 35 000 *RM* Zinsverb.

zur Einrichtung von Sammel-, Sortierungs- und Packerstellen:

Oberbaugenossenschaft Bodensee, **Radolfzell:** 30 000 *RM* Beihilfen, 80 000 *RM* Zinsverb.

Bezirksobstbauverein Taubergau, **Tauberbischofsheim:** 7000 Reichsmark Beihilfen, 14 000 *RM* Zinsverb.

Bezirksobstbauverein **Eppingen:** 4000 *RM* Beihilfen, 13 000 Reichsmark Zinsverb.

Bezirksobstbauverein **Emmendingen:** 40 000 *RM* Beihilfen, 80 000 *RM* Zinsverb.

Bezirksobstbauverein **Müllheim:** 5000 *RM* Beihilfen, 25 000 Reichsmark Zinsverb.

Stadtgemeinde **Offenburg:** 4000 *RM* Beihilfen, 20 000 *RM* Zinsverb.

Gemeinde **Ortenberg:** 5000 *RM* Beihilfen, 35 000 *RM* Zinsverb.

Obst- und Gemüsebaugenossenschaft Insel **Reichenau:** 2000 Reichsmark Beihilfen, 10 000 *RM* Zinsverb.

Mittelbadische Bauernvereinsobstabsatzgenossenschaft **Bühl:** 30 000 *RM* Zinsverb.

Obstverwertung der Bad. Landwirtschaftskammer: 25 000 Reichsmark Beihilfen, 50 000 *RM* Zinsverb.

Süddeutsche Gärtnereigenossenschaft, **Karlsruhe-Lahr:** 7000 Reichsmark Beihilfen, 50 000 *RM* Zinsverb.

Für Schädlingsbekämpfung zur Erzielung von Qualitätswaren sind für ganz Baden insgesamt 85 000 *RM* Barzuschüsse verteilt worden.

Die Konservenindustrie hat unterstützungsweise 100 000 *RM* verbilligte Kredite erhalten.

Außerdem wurden für den Tabakbau Beihilfen von 45 000 Reichsmark verausgabt.

Mit diesen Summen ist die Unterstützungsaktion für die badische Landwirtschaft noch nicht abgeschlossen. Der badischen Landwirtschaftskammer gehen noch laufend Unterstützungsanträge zu, die von dieser genauestens hinsichtlich der vom Reich gestellten Bedingungen geprüft und je nach Lage der Verhältnisse befürwortend dem Reichsernährungsministerium überwiesen werden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose in Baden

Auf einer Tagung des Oberschlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose sprach Direktor Dr. **Harms,** Mannheim, Präsident der Badischen Ärztekammer, über die **Bekämpfung der Tuberkulose in Baden** und führte u. a. aus:

In den Bereich des Arztes fällt nicht nur der einzelne kranke Mensch, sondern die Gesamtheit der Bevölkerung. Diese Neueinstellung, vor dem Krieg nur vereinzelt Fuß fassend, trat nach dem verlorenen Krieg scharf hervor. In der Tatsache, daß man mich in Baden als Anstalts- und Fürsorgearzt zum Präsident der Ärztekammer und zum Vorsitzenden der Gesellschaft der Ärzte Mannheims wählte, ist meines Erachtens nach der Beweis erbracht worden, daß **Fürsorge und praktischer Arzt** zusammengehören. Noch vor kurzem hat die Badische Landeszentrale auf ihrer außerordentlichen Versammlung am 18. November in Karlsruhe nach zwei wissenschaftlichen Referaten über die Tuberkulose eine Entschließung einstimmig angenommen, in welcher der Ärzteschaft die Mitarbeit an der Tuberkulosebekämpfung zur Pflicht gemacht wird. Diese Zusammenarbeit setzt allerdings voraus, daß nicht nur der praktische Arzt das genügende Verständnis aufbringt, sondern auch, daß der Fürsorgearzt in erster Linie als Arzt fühlt und den schweren Existenzkampf der frei praktizierenden Ärzte nicht noch erschwert, sondern in gegenseitigem Entgegenkommen erleichtert. Der Fürsorgearzt soll sich der Grenze seiner Aufgabe bewußt sein und alles vermeiden, was den Arzt in seiner praktischen Tätigkeit behindert und einengt. Es heißt Sinn und Zweck einer Fürsorgestelle vollständig verkennen, wenn die Fürsorgestelle glaubt, Therapie treiben zu müssen. Wir Ärzte in Baden lehnen jegliche Behandlung in den Fürsorgestellen ab und haben diesen Standpunkt in der eben erwähnten Entschließung auch öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Daß **Lungenfürsorgestellen** fachärztlich zu besetzen sind, dies noch ausdrücklich zu betonen, sollte sich eigentlich erübrigen. In den Großstädten ist diese selbstverständliche Forderung wohl überall durchgeführt worden. Schwieriger liegen die Verhältnisse auf dem Lande, u. a. bedingt durch die weite Entfernung. In Baden ist es im Kreise Konstanz so eingerichtet, daß der Fürsorgearzt wöchentlich in zwei mittleren Städten der Umgebung im Einverständnis mit den Ärzten Untersuchungen vornimmt, und den behandelnden Ärzten den klinischen und röntgenologischen Befund sowie die therapeutischen Maßnahmen übermittelt. Neben diesen fachärztlich geleiteten Zentralstellen in den einzelnen Kreisen sind Lokalausschüsse notwendig, denen in erster Linie die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen, wie Anmeldung für Heilverfahren, Unterstützung der Familie, Auffindung von Seuchenherden, Beschaffung hygienisch einwandfreier Wohnungen usw. obliegt.

Der Stand der Rheinbrückenfrage

In der Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis **Mannheim** berichtete der Vorsitzende über den Stand der Rheinbrückenfrage. Der **Reichswasserstraßenbeirat** habe gegen den Beschluß der Botschafterkonferenz, die Verkehrsbedürfnisse für die drei Brücken zu prüfen, Protest erhoben. — Prof. Dr. Blaustein gab bekannt, daß auf Vorstellung der Handelskammer und anderer Organisationen auch Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** und eine Reihe von Abgeordneten sich der Sache annehmen wollen. — Ferner wurde über den Stand der **Rheinseitenkanalfrage** berichtet und über die Tätigkeit der Rheinlandkommission zur Untersuchung der Lage der deutschen Rheinschiffahrt, sowie über eine Reise der internationalen Rheinschiffahrtskommission 1929, die Mannheim berühren wird.

Badischer Städtetag

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) hielt in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Renner, Rastatt, eine von 40 Gemeindevertretern besuchte Ausschußsitzung ab, bei der zur Frage der Neuorganisation der **Bezirkswohnungs- und Fürsorgeverbände** Stellung genommen wurde. Man sprach sich gegen die Errichtung eines weiteren Landesverbandes der Fürsorgeverbände mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat aus, deren Kosten doch nur zu Lasten der Gemeinden gehen. Die Abhaltung von regelmäßigen Hauptversammlungen mit den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und der Vereinigung der Hilfsbedürftigen wird als überflüssig abgelehnt, da durch deren Vertretung in den Gemeinden und Landesorganen bereits genügend Vorsorge getroffen sei für die Wahrnehmung ihrer Interessen. Präsident Dr **Gugelmeier** vom Badischen Sparkassen- und Giroverband erläuterte den Entwurf für eine Änderung der Satzung des Sparkassen- und Giroverbandes und für eine neue Satzung der Girozentrale. Über einige wichtige Gegenstände des Sparkassenwesens und insbesondere der Wohnungsbaufinanzierung machte er weitere Mitteilungen. Den von den Kommunalverbänden aufgestellten Richtlinien für die Gasfernversorgung wurde mit einer geringfügigen Abänderung zugestimmt.

Ernennung zu Kirchenräten

Die evangelische Kirchenregierung hat in Anerkennung ihrer langjährigen erfolgreichen Tätigkeit im geistlichen Amte folgende Geistliche der Landeskirche zu Kirchenräten ernannt: Anstaltsoberpfarrer Albert **Ebbecke** in Bruchsal, Anstaltsoberpfarrer Georg **Saelter** in Freiburg, Dekan Georg **Keppert** in Weinheim, Dekan Karl **Maier** in Mannheim, Pfarrer Dr. Georg **Mertz** in Heidelberg-Kirchheim und Dekan Karl **Renner** in Heidelsheim.

Aus den Parteien

Kandidatenlisten der Deutschen Volkspartei. Im Bezirk **Säckingen-Waldshut** (4. Wahlkreis) wurde als Spitzenkandidat der Ratschreiber und Landwirt Adolf **Ebner,** Schmitzingen, und an zweiter Stelle Postdirektor **Straubhaar,** Waldshut, aufgestellt. Im Bezirk **Lörrach-Schopfheim-Müllheim** (5. Wahlkreis) ist zum Spitzenkandidaten Landwirt und Altochsenwirt Johann **Kiefer** in Schönau, an zweiter Stelle Landwirt und Bürgermeister **Schäfer,** Melzburg, und an dritter Stelle Rechtsanwalt **Harrer,** Lörrach, aufgestellt worden. Der Bezirksverband **Rastatt** (2. **Wahlkreis**) hat einstimmig den Landtagsabg. **Wilser,** Präsident des Bad. Einzelhandels, zum Spitzenkandidaten des Bezirks gewählt, nachdem Stadtrat Ziegler, Baden-Baden, die ihm angetragene Kandidatur endgültig abgelehnt hat, um diesen sicheren Wahlkreis der Landesparteileitung zur Verfügung zu stellen.

In einer stark besuchten Vertreterversammlung der **Zentrumspartei** des 16. Wahlkreises **Bruchsal-Bretten** wurden in Anwesenheit des Parteichefs Prälat Dr. Schofer als Kandidaten für die Landtagswahl einstimmig nominiert: der Hauptlehrer **Berberich,** Bruchsal, Bürgermeister **Heinzmann,** Östringen, und Gewerkschaftssekretär **Fuchs,** Bruchsal. Die beiden ersten gehören schon dem Landtage an.

Auf einer Wahlkreiskonferenz der Zentrumspartei in **Bruchsal** sandte der badische Zentrumsführer Dr. **Schofer** an den neugewählten Führer des deutschen Zentrums, Prälat Dr. **Kaas,** ein Telegramm, in welchem das Vertrauen des badischen Zentrums in den neuen Führer übermittelt wurde. Es sei klar zu erkennen, daß der beste Teil des Volkes Einigkeit, Geschlossenheit, Aktivität und Grundsatzfestigkeit verlange und das Weltanschauliche immer wieder an die erste Stelle rücke. Es müsse das Entscheidende der Zentrumspolitik bleiben.

Verkörpert den besten Geschmack,
das feinste Aroma, die höchste
Ergiebigkeit

Gemeinderundschau

Die Heidelberger Oberbürgermeisterwahl. Von der Städt. Nachrichtenstelle Heidelberg wird uns mitgeteilt, daß die Nachricht, die Wahl sei verschoben worden, nicht zutrifft. Die Wahl war von vornherein auf Sonntag, den 16. Dezember, festgesetzt.

Der Bürgerausschuß Ettenheim hat einstimmig die Besoldungsregelung angenommen, durch die ein Mehraufwand von 8000 *RM* für Bürgermeister, Gemeindebeamte und Angestellte (ohne Sparkassenbeamte) entsteht. Zur Deckung eines Fehlbetrages von 71 500 *RM* im Gemeindevoranschlag soll eine Umlage von 1 *RM* für das Grundvermögen, 0,40 *RM* für das Betriebsvermögen und 7,50 *RM* für den Gewerbeertrag pro 100 *RM* Steuerwert erhoben werden. Das bedeutet eine Steigerung der Umlage um 15 *Rpf.* Die Deutsche Volkspartei ließ erklären, daß sie sich mit dem Voranschlag nicht befreunden könne, da verschiedene Posten der Einnahme zu niedrig angesetzt seien, so daß der Fehlbetrag höher als notwendig geworden sei. Als bei der namentlichen Abstimmung der erste aufgerufene volksparteiliche Stadtverordnete sich der Stimme enthielt, verließen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten den Saal. Ein Beschluß über den Gemeindevoranschlag konnte daher nicht gefaßt werden.

Der Rheinbrückenwettbewerb. Das Preisgericht für die neue Rheinbrücke **Ludwigshafen-Mannheim** hat den ersten Preis (7000 *RM*) an Ingenieur E. M. Kilgus, Breslau, den zweiten Preis (5000 *RM*) Reichsbahnoberrat Krabbe, Essen, und den dritten Preis der Firma Grün & Bilfinger, Mannheim, in Verbindung mit Baudirektor Abel, Köln, verliehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Generalmusterung der Kraftfahrzeuge

Polizeiliche Vorführung

Die Polizeidirektion Karlsruhe teilt mit: Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß mitunter im Verkehr Kraftfahrzeuge laufen, die den an sie zu stellenden Anforderungen **nicht entsprechen.** Derartige Fahrzeuge schließen für den Fahrer, sowie für die übrigen am Verkehr Beteiligten große Gefahren in sich, und manche Unfälle sind auf den schlechten Zustand der Kraftfahrzeuge zurückzuführen. So mußten schon Kraftfahrzeuge polizeilich vom Verkehr ausgeschlossen werden, deren Zustand jeder Beschreibung spottete; die Bremsen waren gebrauchsunfähig, der Steuerstock war gebrochen, die Sicherungen der Federbolzen fehlten usw. Mit solchen Kraftfahrzeugen haben verantwortungslose Kraftfahrer den Verkehr unsicher gemacht! Auch die Kontrollen der **Krafträder,** die im Sommer 1928 vorgenommen wurden, haben gezeigt, daß die Schalldämpfung und manches andere noch nicht bei allen Fahrzeugen in ordnungsgemäßem Zustande ist.

Die Polizeidirektion hat daher gemäß § 35 der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 eine allgemeine Untersuchung der im Amtsbezirk Karlsruhe zugelassenen Kraftfahrzeuge angeordnet. Die Eigentümer der Kraftfahrzeuge werden schriftlich ersucht werden, ihr Kraftfahrzeug in der Polizeiunterkunft — ehemalige Grenadierkaserne, Eingang Ostor, in der Damaschkestraße — vorzuführen. Die Einbestellung erfolgt auf einen bestimmten Zeitpunkt; es ist dabei Gewähr geleistet, daß pünktlich vorgefahrene Kraftfahrzeuge **ohne Zeitverlust** abgefertigt werden.

Die Vorführung kann auch an einem anderen Werktag der Woche, in der der Termin liegt, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr (Samstags 8 bis 12 Uhr) erfolgen; es besteht dann kein Anspruch auf sofortige Abfertigung, da die auf den Zeitpunkt einbestellten Fahrzeuge vorgehen. Die Untersuchung der Fahrzeuge erfolgt grundsätzlich kostenlos. Gebühren werden nur erhoben, wenn Beanstandungen des Fahrzeuges auf Anforderung nicht beseitigt werden und ein besonderes Verfahren eingeleitet werden muß.

Pressefest 1929. Der **Verein Karlsruher Presse** wird zusammen mit der **Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger** am 26. Januar 1929 ein **Kostümfest** veranstalten, für dessen Ausgestaltung die Vorbereitungen schon seit einiger Zeit im Gange sind. Wie in den Vorjahren, sind für dieses Fest wiederum die sämtlichen Räume der Karlsruher Festhalle belegt worden, die wie stets eine dem Charakter der Veranstaltung entsprechende hochkünstlerische Ausschmückung erhalten. Auch für musikalische und sonstige Überraschungen besonders erlesener Art wird Sorge getragen werden. Wer Gelegenheit hatte, die Karlsruher Pressefeste des vorigen Jahres und früherer Jahre zu besuchen, der dürfte wohl keinen Zweifel daran hegen, daß auch das Pressefest 1929 wiederum das Fest der ganzen Faschingssaison werden wird. Es sei deshalb heute schon auf dieses Fest aufmerksam gemacht, mit der Bitte, sich den Termin vorzumerken. Schließlich bedürfen ja derartige Feste, die so ganz aus dem Durchschnitt der üblichen Faschingsveranstaltungen herausragen, auch bei den Besuchern besonderer Vorbereitungen, die insbesondere bei der Damenwelt häufig Wochen beanspruchen. Näheres über das Programm und über die sonstige Ausgestaltung des Festes wird noch bekanntgegeben.

Die Plädoyers im Bestechungsprozeß Elsässer. Am Dienstag — dem 12. Verhandlungstag — fanden die Plädoyers im Bestechungsprozeß Elsässer und Gen. statt. Oberstaatsanwalt Dr. Pfeifer stellte am Schlusse seines dreistündigen Plädoyers folgende Strafanträge: Gegen Oberbaurat a. D. Dr. **Elsässer** wegen Untreue eine Gefängnisstrafe von insgesamt 12 Monaten und eine Geldstrafe von 1000 *RM*, gegen Mante wegen Betrugs an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten 1200 *RM* Geldstrafe, gegen Seipp wegen Untreue insgesamt 6 Monate Gefängnis, gegen Karle wegen fortgesetzten Betrugs und Betrugsversuchs fünf Monate Gefängnis, gegen Steinwarz wegen Betrugs 7 Monate Gefängnis. Bei Pfenning stellte der Oberstaatsanwalt die Verurteilung wegen Betrugs in das Ermessen des Gerichts. Die Urkundenunterdrückung von Seipp hält er für nicht erwiesen, ebenso stellt der Oberstaatsanwalt die Verurteilung sämtlicher Angeklagter wegen Bestechung in das Ermessen des Gerichts. Die **Verteidiger** (RAnw. Huckele, Steinel, Becker und Gönner) traten für die Freisprechung der Angeklagten Elsässer, Seipp, Steinwarz und Schmidt ein. Auch der sich selbst verteidigende Angeklagte Mante beantragte seine Freisprechung. Zum Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende davon Mitteilung, daß das Gericht das heute Mittwoch zu beratende Urteil am Donnerstag vormittag verkünden werde.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Nordbaden sind gestern fast während des ganzen Tages, im Süden des Landes meist in der Nacht Schneefälle vorgekommen (Neuschnee zirka 5 Zentimeter). In der Ebene fiel zeitweise auch Regen. Tiefer Druck wird weiterhin ganz Südwesteuropa beherrschen, während das über Nordeuropa liegende Hoch sich bei strenger Kälte verstärkt hat. Die in langsamer Auffüllung begriffenen flachen Tiefdruckgebilde bringen zunächst noch weitere Schneefälle; der Druckverteilung entsprechend wird sich dann die Nordströmung weiter durchsetzen und den winterlichen Charakter verschärfen. **Witterungsaussichten:** Wolkig, zunächst noch Schneefälle, kälter, mit der Zeit verschärfter Frost und rauhe Nordostwinde.

Geschäftliches

Teetrinken macht schlank!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Teetrinker kein überflüssiges Fett ansetzt; er bleibt schlank und elastisch. Den praktischen Beweis hierfür liefert das klassische Land des Teegenusses, England, wo die schlanken Menschen weitaus in der Überzahl sind.

Wie bei allen Nahrungs- und Genußmitteln, spielt natürlich die Qualität eine ausschlaggebende Rolle. Für den kultivierten Geschmack kommen in erster Linie die „**Teekanne-Mischungen**" „Rot" und „Gold" in Frage, zwei Mischungen, mit denen die Dame des Hauses auch bei Gesellschaften, beim Nachmittagstee im geselligen Kreise usw. mit Ehren bestehen wird. Die „Teekanne-Mischungen" haben den Vorzug, jedem Geschmack und jeder Börse angepaßt zu sein. H. K.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim,** 11. Dez. Der Gau Baden des Deutschen **Arbeiter-Sängerbundes** wird aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens Pfingsten 1930 ein **großes Sängerfest** in Mannheim abhalten. An diesem Feste werden sich nicht nur die 200 Vereine des Gaues Baden beteiligen, sondern darüber hinaus werden die dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angeschlossenen Vereine aus Württemberg, Hessen und der Pfalz zum Fest erwartet, so daß im ganzen mit einer Beteiligung von 15—20 000 Festgästen zu rechnen ist.

DZ. **Seckenheim,** 11. Dez. Unter der wissenschaftlichen Leitung des Heidelberger Geologen Geh. Rat Prof. **Salomon-Calvi** wird augenblicklich bei Seckenheim auf dem der Gemeinde gehörigen Gelände ein 10 Meter hoher **Bohrturm** errichtet. Angeblich soll man jetzt, in 400 Meter Tiefe, auf eine **Ölader** gestoßen sein. In täglich neunstündiger Arbeitszeit werden zirka 37 Meter erbohrt. Über das Ergebnis der Bohrungen wird Stillschweigen bewahrt.

bld. **Altheim** (bei Buchen), 11. Dez. Nachdem in den letzten Tagen verschiedene Verhaftungen wegen den **Brandstiftungen** vorgenommen wurden, die sich jedoch als Fehlgriffe erwiesen, ist es heute den unermüdlichen Bemühungen der Gendarmerie gelungen, den 19 Jahre alten Landwirtssohn Eduard **Weber** aus Altheim als **Brandstifter zu ermitteln.** Weber wurde verhaftet und hat bereits zugegeben, die Brandstiftungen begangen zu haben; nur in einem Falle bestreitet er die Täterschaft. Es handelt sich um 7 Brände, davon zwei in einer Nacht, die in fast ununterbrochener Reihenfolge die Einwohnerschaft auf das Äußerste beunruhigten.

DZ. **Hardheim** (A. Buchen), 12. Dez. Der seit einigen Monaten eingestellte Betrieb der **Fränkischen Holzwerke G.m.b.H.** in Hardheim soll nicht wieder aufgenommen werden. Die Firma ist in **Liquidation** getreten. Aus diesem Grunde soll das Fabrikanwesen der Firma am 15. Dezember durch freiwillige Versteigerung veräußert werden. Leider wird dadurch wieder eine größere Anzahl Leute erwerbslos.

DZ. **Pforzheim,** 11. Dez. Die **neue Brücke über die Nagold** oberhalb des Stadtgartens wird am 17. Dez., vorm. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

DZ. **Hugsweier** (bei Lahr), 10. Dez. Das **neueste Verkehrsmittel** haben Basler Jäger, die die hiesige Gemeindejagd gepachtet haben, gewählt. Sie kamen am Samstag nachmittag mit einem Avro-Avian-Sportdoppeldecker zuerst in Freiburg an, flogen dann nach Hugsweier, wo sie dem Weidwerk oblagen und nach etwa vier Stunden wieder nach Freiburg zurückkehrten. Sie werden in den nächsten Tagen wieder nach Basel zurückfliegen. Es handelt sich um den Fabrikant Dr. René Chavrell und den Flugplatzdirektor des Baseler Flugplatzes, Major Hoepke.

Romain Roland: Palmsonntag und Leoniden. (Leinen 4,50 *RM*, Verlag Rütten & Loening, Frankfurt a. M.). — „Palmsonntag" ist der Prolog zu Rollands Dramen der Revolution. Sein Gegenstück ist der Epilog „Die Leoniden"; er schließt die Epopöe ab. Die beiden Stücke bilden sozusagen ein einziges Schauspiel. Aber jedes hat seine eigene Handlung.

GEWASCHENEN
doppelt gebrochenen und gesiebten
Teergrus
liefert preisgünstig
Porphyrwerk Dossenheim
H. VATTER
DOSSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4099

Möbel Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 96

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunftei „Argus" Mannheim O 6, 6 Planken Telefon 33305 A. Maier & Co., G.m.b.H. 729

Öffentliche Sparkasse Freiburg im Breisgau

(Städtische Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		RM
1. Verwaltungsgebäude		1,—
2. Grundstücke		70 000,—
3. Kapitalien:		
a) Darlehen gegen 1. Hypothek:		
1. Gewöhnliche Hypotheken	5 466 240,85	
2. Hypotheken auf Neubauten	5 517 587,45	10 983 828,30
b) Wertpapiere		1 603 937,15
c) Darlehen an inländische Gemeinden, Kreise und Körperschaften		1 824 600,—
d) Darlehen gegen Schuldschein		119 451,50
e) Bankguthaben		1 458 603,47
f) Diskontierte Wechsel		126 327,57
4. Kontokorrentforderungen		1 559 902,50
5. Einnahme-Rückstände:		
Rechn.-Abt. I	6 721,46	
Rechn.-Abt. II	64 628,59	
Rechn.-Abt. III	7 349,63	78 699,68
6 Fahrnisse		1,—
7. Kassenvorrat		140 878,66
		17 966 230,83

Schulden.			RM
1. Kapitalschulden:			
a) Spareinlagen		12 323 578,28	
b) Giroeinlagen		1 664 060,91	
c) Depositen-Einlagen		1 302 563,75	15 290 202,94
2. Baudarlehen der Stadt			1 339 893,95
3. Zwischenkredit des Reiches zur Förderung des Kleinwohnungsbaues			280 000,—
4. Aufwertungsfonds			537 663,78
5. Ausgaberückstände			5 985,31
6. Rücklagen für den Haftpflichtselbstversicherungsfonds von früheren Jahren	12 000,—		
Zuweisung 1927	4 000,—	16 000,—	
Hiervon ab für 1927		370,09	15 629,91
7. Spezialrücklage für den Giroverkehr			50 000,—
8. Gesetzliche Rücklage auf 31. Dezember 1926		299 374,67	
Zuweisung 1927		147 480,27	446 854,94
			17 966 230,83

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 15 290 202,94 *RM* Einlagen . . . . . 764 510,14 *RM*
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . . . 512 484,85 „
Somit weniger . . 252 025,29 *RM*

Freiburg im Breisgau, den 1. Juli 1928. O.193

Öffentliche Sparkasse (Städtische Sparkasse).

Verdingung.

Die Bauarbeiten der Staustufe Neckargemünd der Neckarkanalisierung (Wehr, Schleuse, Kraftwerk, Schiffsweg) werden im öffentlichen Wettbewerb vergeben. O.152

Die Arbeiten umfassen in der Hauptsache:

Spundwände rd. 1 000 lfd m.

Aushubarbeiten „ 290 000 cbm, davon Fels „ 17 000 cbm.

Beton rd. 51 000 cbm.

Die Verdingungsunterlagen sind — soweit Vorrat reicht — vom 13. Dezember 1928 ab beim Neckarbauamt Heidelberg, Riedstraße 3, gegen eine Vergütung von 50 (fünfzig) Reichsmark erhältlich. Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrags.

Begehungen der Baustrecke finden statt am 17., 27. Dezember 1928, sowie am 2. Januar 1929.

Treffpunkt: Haltestelle „Orthopädische Klinik" der Straßenbahn Heidelberg—Neckargemünd.

Zeit: 10 Uhr vormittags.

Eröffnung der Angebote am **15. Januar 1929, vormittags 11 Uhr,** in den Geschäftsräumen des Neckarbauamtes.

Neckarbauamt Heidelberg.

Verdingung.

Die Bauarbeiten der Staustufe Neckarsteinach der Neckarkanalisierung (Wehr, Schleuse, Kraftwerk, Schiffsweg) werden im öffentlichen Wettbewerb vergeben. O.153

Die Arbeiten umfassen in der Hauptsache:

Spundwände 1 200 lfd m, Aushubarbeiten 495 000 cbm, davon Fels 28 000 cbm, Beton 50 000 cbm.

Die Verdingungsunterlagen sind — soweit Vorrat reicht — vom 10. Dezember 1928 ab beim Neckarbauamt Heidelberg, Riedstraße 3 gegen eine Vergütung von 50 (fünfzig) Reichsmark erhältlich. Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages.

Begehungen der Baustrecke finden statt am 17., 27. Dezember 1927, sowie am 2. Januar 1929.

Treffpunkt: Bahnhof Neckarsteinach.

Zeit: 2 Uhr nachmittags.

Eröffnung der Angebote am **15. Januar 1929, vormittags 11 Uhr,** in den Geschäftsräumen des Neckarbauamtes.

Neckarbauamt Heidelberg.

Arbeitsvergebung

Für den Neubau eines Hochspannungsinstituts der Technischen Hochschule Karlsruhe. O.192

1. Schmiedeeiserne Fenster für die Halle ca. 168,00 qm
2. Holzfenster für die Halle und Dienstgebäude ca. 142,00 qm sowie Verglasen der eisernen Fenster ca. 168,00 qm

Die Vergebung erfolgt nach der V.O.B.-Reichsverdingungsordnung für Bauleistungen. Zeichnungen und Bedingungen liegen bis einschl. 21. Dez. 1928 in unserem Geschäftszimmer, Stephanienstraße 28, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Versand nach auswärts und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am **22. Dez. 28, vorm. 10 Uhr** an das Bezirksbauamt Karlsruhe einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Karlsruhe, 10. Dez. 1928.
Bezirksbauamt.

Buchenstammholz-Vorverkauf

Das **Forstamt Ettenheim** verkauft im **freihändigen Vorverkauf** aus Domänenwald Klosterwald Abteilung I. 1—18 etwa 200 fm Buchenstammholz II. bis V. Klasse. Gebote in Prozenten der L.G.1927 auf den fm jeder Klasse gestellt, sind bis zum **18. Dez. 1928** an das Forstamt Ettenheim einzureichen. O.196

Zahlungsbedingungen des badischen Staates. Bindung an das Gebot 7 Tage. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Adelsheim. O.195

Güterrechtsregister: Eingetragen am 10. Dez. 1928. **Renold,** Georg, Ingenieur in Rosenberg, und dessen Ehefrau Emma geb. Lösch. Vertrag vom 30. Nov. 1928. Gütertrennung.

Adelsheim, 10. Dez. 1928.
Amtsgericht.

Ettlingen. O.194

Güterrechtsregistereintrag: Band II, Seite 92: **Seiler,** David, Bauführer in Ettlingen, und Lydia geb. Bohraus. Vertrag vom 12. November 1928: Gütertrennung. Ettlingen, den 8. Dez. 1928. **Amtsgericht.**

Badisches Landestheater

Donnerstag, 13. Dezember
*D 11 (Donnerstagmiete).
Th.-Gem. 3S.-Gr. (2. Hälfte)

Die Afrikanerin

Oper von Meyerbeer
Dirigent: Keilberth
Regie: Krauß
Mitwirkende:
v. Ernst, Fanz, Bokodin, Laufkötter, Löser, Rühr, Theo Strack, Arras, Grötzinger, Kalnbach

Anfang 19 Ende 22
Preise C (1—7 *RM*)

Fr., 14. Dez., **Hokuspokus.**
Sa., 15. Dez., nachm., **Weihnachtsurlaub, Kasperle auf** abends: **Perlenkomödie**
So., 16. Dez., nachm., **Kasperle auf Weihnachtsurlaub,** abends: **Mona Lisa.**
Im Konzerthaus: **Der Fußballkönig.**
Mo., 17. Dez., **Der Schwarzkünstler.** In der Festhalle: **3. Volkssinfoniekonzert.**
Di., 18. Dez., **Die Insel der Toten.** Hierauf: **Petruschka.**

Colosseum
Heute nachm. 4 Uhr
Kinder-Revue
„Der Wunderspiegel!"
Alle Plätze, halbe Preise
Abends 8 Uhr
die **Röder-Revue**
Dies und **Das**
mit
Jackmann
150

Druck G. Braun, Karlsruhe